Ä-K13-150 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 6 löschen:
Wir wollen die Stelle „Opferschutzbeauftrage*r des Landes" einrichten, wie es sie in allen anderen Bundesländern bereits gibt. Gerichtsverfahren zu rechter Gewalt dauern noch immer zu lang. Das belastet die Betroffenen, während die Täter*innen lange ohne Strafe weitermachen können. Für rechte Gewalt darf es null Toleranz geben und davon Betroffene müssen geschützt werden. Darum wollen wir in Zukunft dokumentieren und auswerten, wie lange Verfahren zu Hasskriminalität in den vier Brandenburger Gerichtsbezirken dauern und wie sie ausgehen. ~~Für die Betroffenen von Rechtsextremismus und Hasskriminalität wollen wir eine Anlaufstelle bei der Generalstaatsanwaltschaft einrichten.~~ Die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Hasskriminalität wollen wir erweitern.

Begründung

Diese existiert bereits.

https://staatsanwaltschaften.brandenburg.de/sta/de/gsta/zentralstelle-zur-bekaempfung-von-hasskriminalitaet/